

SPANIEN

THOMAS BERND STEHLING

11. Dezember 2009

www.kas.dewww.kas.de/spanien

Spanien vor der EU-Präsidentschaft

Angeschlagen durch die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Beitritt zur Europäischen Union 1986 und ausgestattet mit der niedrigsten Zustimmung aller spanischen Regierungschefs seit 1994, geht José Luis Rodríguez Zapatero in die am 1. Januar 2010 beginnende EU-Präsidentschaft seines Landes. Er erhofft sich von den sechs Monaten bis zur Übergabe an Belgien vor allem innenpolitisch einen Rückgewinn von Reputation und Respekt. Das Attribut „historisch“ ist ihm für seine EU-Amtszeit bereits sicher, auch wenn er selbst dazu nichts beitragen sollte. Es wird die erste „rotierende Präsidentschaft“ unter dem Lissabon-Vertrag sein.

Nach einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von mehr als zehn Jahren, das viele Spanier zu dem nur schwer erschütterbaren Glauben gebracht hatte, sie hätten das Rezept für immer währenden Wohlstand gefunden, sind die Befindlichkeiten seit Beginn der Krise in der zweiten Hälfte 2008 deutlich verhangener. Wie auch in Großbritannien lüftet sich in Spanien allmählich der Schleier, der sich in den Zeiten des Booms über Risiken und Nebenwirkungen des beständigen Aufschwungs gelegt hatte. Gesellschaftliche und soziale Diskrepanzen, ie hohe Individualverschuldung und ein staatliches Haushaltsdefizit, das 2011 auf 74% des Bruttoinlandsproduktes gestiegen sein wird, werden in ihren tiefgreifenden Wirkungen erstmals von breiten Schichten der Bevölkerung wahrgenommen. Die Arbeitslosigkeit liegt aktuell bei 19,3% und soll bis 2011 auf 20,5% steigen. Mit einem anhaltenden negativen Wachstum wird Spanien möglicherweise das letzte der 27 EU-Mitgliedsländer sein, das aus der Rezession herauskommt. Die gesunkene Inlands-

nachfrage, rückläufige Investitionen, das kräftige Handelsbilanzdefizit, Einbußen bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch unflexible Tarifsyste und die starke Abhängigkeit vom Bausektor und der Tourismusindustrie werden als Gründe dafür benannt. Erstmals für 2011 wird wieder ein moderates Wachstum von 1% prognostiziert. Die Optimisten verweisen gleichwohl frohgemut auf das „Polster“, das sich Spanien in den Zeiten des Booms zugelegt habe. Davon könne das Land eine Weile zehren.

In dieser Lage verlangen die Spanier nach politischer Führung. Was ihnen dazu geboten wird, macht viele eher noch verdrossener. So verwundert es nicht, dass in den jüngsten Umfragen 72% erklären, sie hätten wenig oder kein Vertrauen in Zapatero und beachtliche 80% Gleiches über seinen bürgerlichen Herausforderer Rajoy, den Vorsitzenden der PP, sagen. Angesichts der schieren Verzweiflung über die Qualität des politischen Führungspersonals in der Hauptstadt verschärfen sich die Diskussionen über noch weitergehende Autonomierechte der 17 spanischen Regionen. Wem das Vertrauen in die Fähigkeit der politischen Elite abhanden kommt, das Land aus der Krise herauszuführen, der scheint in Spanien geneigt zu sein, sich verstärkt dem Kampf für zweisprachige Verkehrsschilder als Ausdruck der Distanzierung von der Zentralregierung zuzuwenden.

Dies alles hat sehr wohl auch mit der spanischen EU-Präsidentschaft zu tun. Für die meisten Spanier verbinden sich Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit ihrer Teilhabe in der Europäischen Union. 51% sehen in der EU die Institution, der sie am

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SPANIEN

THOMAS BERND STEHLING

11. Dezember 2009

www.kas.de

www.kas.de/spanien

meisten trauen. Die Hoffnung, aus der gegenwärtigen Rezession herauszukommen, machen die Spanier ganz weitgehend an Europa fest. Wenn dort, so glaubt man, wieder „Dampf auf dem Kessel“ ist, springen auch in Spanien die Turbinen an.

Für Zapatero wird es innenpolitisch darauf ankommen, diese Hoffnung und das darauf gerichtete politische Handeln zu repräsentieren. Sein Stellenwert zu Hause hängt ganz entscheidend davon ab, dass er Person und Institution während der nächsten sechs Monate mit Gewicht versehen kann. Ansonsten wird er weiter politischen Schaden nehmen, und es wird bei Katalanen, Galiciern oder Basken wie andernorts in Belgien oder Großbritannien die Auffassung wachsen, dass der nationale Zusammenhalt angesichts der starken und unbestrittenen europäischen Klammer ohne Probleme weiter gelockert oder sogar ganz in Frage gestellt werden könne.

Wenn also politisches Prestige auf der Waagschale liegt, und vergleichbare innenpolitische Zwänge auch bei dem einen oder anderen aus den nachfolgenden Präsidentschaften der EU vermutet werden dürfen, wird „historisch“ weniger der Umstand sein, dass Spanien als erstes Land die Präsidentschaft unter dem Vertrag von Lissabon führt, sondern wie die darin verankerte neue Rollenverteilung in der Praxis wahrgenommen wird. Schwer vorstellbar ist, dass ausgerechnet das prominenteste Gesicht des Landes, das die rotierende Präsidentschaft innehat, also der/die Regierungschef/in, während dieser sechs Monate von der europäischen und internationalen Bühne verschwindet und sie ganz dem neuen EU-Präsidenten überlässt, während – mit Ausnahme des Außenministers – die jeweiligen Fachminister ihren Gremien vorsitzen und Absichten oder Ergebnisse der Öffentlichkeit vermitteln. Die Spanier scheinen deshalb an ein Kollegium zu denken, das künftig die Entscheidungen des Rates vorbereitet und begleitet. Es soll aus dem EU-Präsidenten und dem Regierungschef der rotierenden Präsidentschaft bestehen, dazu dem Präsidenten der Kommission und gegebenenfalls dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Eine Koordinierungsrolle wird auch in der „Teambildung“ mit den beiden nachfolgenden Präsidentschaften, im Fall Spaniens also Belgien und Ungarn, gesehen. Mit beiden Ländern hat sich die spanische Regierung auf ein gemeinsames Papier verständigt, das die Schwerpunkte bis Mitte 2011 enthält. Es ist ambitioniert, weitreichend und enthält von der Umsetzung und Ausführung des Vertrages von Lissabon, über die Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Post-Kopenhagen-Strategie zum Klimawandel, die EU-Erweiterung und die Europäischen Nachbarschaftspolitik bis hin zur Revision der Lissabon-Strategie und einer neuen Agenda zur Gleichstellung der Geschlechter und des Kampfes gegen Armut und soziale Ungleichheit nahezu alles, was auf einen vorweihnachtlichen Wunschzettel für ein starkes, einheitliches und integriertes Europa passen könnte.

Hinzu kommt die während der spanischen Präsidentschaft erwartete Präsentation der Ergebnisse der „Reflection Group“ unter Vorsitz des früheren spanischen Ministerpräsidenten Felipe González. Von ihr sollen weitere Impulse für die Zusammenarbeit in Europa erwartet werden.

Für die spanische Innenpolitik werden der Gipfel im Juni in Barcelona sowie der EU-USA-Gipfel von besonderer Bedeutung sein. In die Amtszeit fällt auch der Gipfel der EU mit Lateinamerika und damit dem Kontinent, mit dem Spanien traditionell besonders enge Beziehungen unterhält. Die starken wirtschaftlichen Interessen insbesondere seiner Banken, Telekommunikationsunternehmen und der Bauwirtschaft lassen erwarten, dass Spanien die übrigen EU-Partner während der Präsidentschaft auf größere Anstrengungen zur politischen Stabilisierung Lateinamerikas zu verpflichten versuchen wird.